

Zwischen Chancen, Risiken und offenen Fragen

Landtag Mit der Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» soll die ausgewogene Vertretung von Mann und Frau in politischen Gremien gesichert werden. Laut ersten Reaktionen aus dem Fraktionen gehen die Meinungen zwischen den einzelnen politischen Parteien zur Thematik durchaus auch auseinander.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Am Mittwoch hat das Initiativkomitee «HalbeHalbe» seine Initiative vorgestellt. Anstelle einer Quote, soll eine Verfassungsänderung die Politik dazu bewegen, sich künftig verstärkt für die Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien einzusetzen. Ziel der Änderung ist der Artikel 31 Abs. 2 der Verfassung, der bislang «Mann und Frau sind gleichberechtigt» lautet. Da dieser keine Aufforderung zu handeln beinhalte, soll er um «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert» ergänzt werden.

«Die Initianten gehen meines Erachtens den richtigen Weg. Sie nutzen ein demokratisch vorgesehenes Mittel für ihr Anliegen», äussert sich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini am Donnerstag zum Vorstoss des Initiativkomitees und ergänzt: «Nun sind sie gefordert, die Bevölkerung von der Wirksamkeit und dem konkreten Nutzen dieses Abänderungsvorschlags der Verfassung zu überzeugen.» Kurzfristig heisst dies vor allem, dass sie die notwendigen 1500 Unterschriften für ihr Anliegen sammeln. Sollte die Initiative zustande kommen, wären die Landtagsabgeordneten die erste

politische Instanz, die die Initiative diskutieren wird. In den Landtagsfraktionen habe man sich zwar noch nicht im Detail mit der Initiative auseinandersetzen können, erste Reaktionen in Form der persönlichen Eindrücke aus den Fraktionen gab es auf «Volksblatt»-Anfrage jedoch trotzdem.

Ziel wird langfristig erreicht

«Wenn ich mir die vergangenen Gemeinderatswahlen vor Auge führe, dann kann ich zumindest in meiner Heimatgemeinde als Ergebnis ein ausgewogenes Verhältnis vorweisen», unterstreicht FBP-Fraktions-sprecher Daniel Oehry. Dies basiere aber nicht auf der Tatsache, dass dies in der Verfassung stand, sondern auf der Anstrengung der Ortsgruppe, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die sich aufstellen liessen. «Als Grundsatz begrüsse ich das Ansinnen und wenn es dazu führt, dass wir dadurch in Zukunft eine ausgewogene Verteilung in politischen Gremien erzielen, dann ist dies zu unterstützen», so Oehry. Ob ein zusätzlicher Verfassungsartikel dazu führen werde, dass sich mehr Frauen aufstellen lassen, könne er zum heutigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Gerade bei Kommissionen, deren Mitglieder berufen werden, könne er sich sehr wohl vorstellen, dass ein neuer Verfassungsartikel zu

einer Veränderung führen kann. Oehry fragt sich aber, wie ohne Quote sichergestellt werden kann, dass die Wahlberechtigten bei einer zukünftigen Gemeinderats- oder Landtagswahl auch das geforderte Ergebnis liefern. «Auch wenn wir ausgewogen nominieren, obliegt die Entscheidung bei den Wahlberechtigten, welche Personen sie für ein Mandat vorschlagen und welche nicht. Daran will ich nicht rütteln, denn dies entspricht meinem Verständnis von Wahlfreiheit», so Oehry. Für ihn ist jedoch unbestritten, dass man in Liechtenstein langfristig beim anvisierten Ziel landen wird und auch diese Diskussion werde dazu beitragen. «Die Gesellschaft verändert sich und was vor 20 Jahren undenkbar war, ist heute keine Zeile mehr in den Medien wert», so der FBP-Abgeordnete.

Bereits am richtigen Weg

Direkte Kritik an der Initiative kommt jedoch vom Koalitionspartner. Für die VU-Fraktion komme das Anliegen einem «Auftrag ins Blaue» gleich. Wie VU-Fraktionssprecher Günter Vogt anmerkt, seien die öffentlichen Ämter allen Landesangehörigen laut Artikel 31 der Verfassung gleich zugänglich. Die mittlerweile immer zahlreicher werdenden NGOs, Hoi Quote und Co. hätten jedoch gemerkt, dass ihre bisherigen

Vorstösse nicht so richtig gefruchtet haben, so Vogt. Das sehr positive, wenn auch quotenmässig noch nicht ausgeglichene Abscheiden der Frauen bei den Gemeinderatswahlen werde dabei «geflissentlich unter den Teppich gekehrt». Gerade hier hätte jedoch die Politik durch die Nomination vieler Frauen und der Wähler gezeigt, was auch ohne Gesetze bewirkt werden könne. Für ihn ist nicht zuletzt dadurch klar, dass man bei der Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und bei den Parteien bereits auf dem richtigen Weg ist. Auch wenn Vogt nichts gegen ausgewogene Vertretung habe, halte er persönlich nichts von einer Quote und finde den Ansatz via einer möglichen Verfassungsänderung spontan schon etwas speziell. «Holen wir uns hier den Wolf im Schafspelz in die Verfassung oder ist dieser Antrag harmlos?», fragt sich der VU-Abgeordnete. Was die Behandlung im Landtag angeht, so geht Vogt davon aus, dass die Initiative auch bei einer Überweisung vor das Volk gelangen wird.

Gefahr für Kandidatensuche?

Georg Kaufmann, Fraktionssprecher der Freien Liste, steht der Initiative persönlich wiederum sehr positiv gegenüber. Der Fokus auf eine Verfassungsänderung sei eine kluge Entscheidung. «Damit wird der Gesetz-

geber klar in die Pflicht genommen, behält jedoch auf gesetzlicher Ebene grösstmöglichen Spielraum bei der Umsetzung», so Kaufmann. Gerade die Überparteilichkeit erhöhe seines Erachtens zudem die Chance auf eine sachliche und faire Diskussion. Die FL-Fraktion selbst werde sich demnächst der Initiative widmen. Wie die anderen Parteien habe sich auch die Neue Fraktion noch nicht mit der Initiative auseinandergesetzt und werde diese auch erst mit deren Zustandekommen tun, erklärt DpL-Präsident Thomas Rehak. Er persönlich begrüsse jedoch Aktivitäten, die Frauen motivieren, in der Politik in einem aktiven Amt oder im Hintergrund mitzuarbeiten. Es sei jedoch heute schon zunehmend schwieriger, unabhängig des Geschlechts Personal zu rekrutieren, das sich politisch exponieren möchte. Er befürchtet, dass sich durch die neue Regelung der Initiative in der Verfassung die Rekrutierung nochmals erschwert, wenn nun zusätzlich dem Geschlecht noch mehr Bedeutung beigemessen werden soll. Dies könne laut Rehak natürlich nicht im Interesse des Staates sein. Jedenfalls seien für ihn noch einige Fragen offen, die zu klären seien.

Die DU-Fraktion war bis Redaktionsschluss leider weder via E-Mail noch telefonisch für ein Statement zu erreichen.

Soll die Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen in allen politischen Gremien in die Verfassung aufgenommen werden?

Gleichberechtigung, ja – aber ohne Zwang

Umfrage Erste Reaktionen zur Verfassungsinitiative «HalbeHalbe»: Studierende der Sommerakademie haben sich auf der Strasse umgehört.

VON HANNAH MICHAELER UND YANNIC WALTHER

Die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» hat das Thema Gleichberechtigung wieder in aller Munde gebracht. Aber was halten eigentlich die Menschen in Liechtenstein von dem Plan? Am Dienstag hatte die Initiative einen Entwurf für einen Verfassungszusatz eingereicht. Er soll verankern, dass in allen politischen Gremien die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern gefördert wird. Die überparteiliche Initiative rund um

Corina Vogt-Beck verzichtet bewusst auf eine Quote, sie will den Gesetzgeber frei gestalten lassen. Jene Jungjournalisten, die am Donnerstag eine Strassenumfrage machten, trafen zwei Unterstützer. Der Pensionist und die Mutter erwachsener Töchter wollten unabhängig voneinander jedoch anonym bleiben.

Über die Autoren



Hannah Michaeler (22, Ö) und Yannic Walther (21, D) nehmen an der 10. Internationalen Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein teil.



«Ich bin nicht dafür. Eine ausgewogene Vertretung in die Verfassung zu schreiben, halte ich für übertrieben. In den höchsten politischen Ämtern sollte ein Mann sein. Auf den anderen Ebenen finde ich es gut, wenn mehr Frauen vertreten sind.»

SEBASTIAN MARXER
ESCHEN



«Ich bin gegen Zwang und eine Verfassungsänderung. Mir ist es egal, ob ein Mann oder eine Frau ein politisches Amt hat. Wenn zu wenige Kandidatinnen antreten, kann eine ausgewogene Vertretung nicht erzwungen werden.»

MENGIA SALUZ-RATTAZZI
SCHAAN



«Als Frau muss ich sagen, dass es wünschenswert wäre, dass wir gleichberechtigt sind. Trotzdem bin ich gegen starre Quoten. Das gilt auch für Gesetzesvorschriften. Mit Gewalt sollte die Gleichberechtigung nicht erzwungen werden.»

GERLINDE STERR
SCHAAN



«Eine ausgewogene Vertretung wäre eine Vision für die Zukunft. Vorher müssen Frauen aber mehr Freiräume bekommen. Das betrifft auch die Familie. Wenn die Kinderbetreuung besser wäre, könnten sich mehr Frauen in der Politik engagieren.»

SUSANNE SIMADER
VADUZ



«Es wäre schön, wenn das Geschlechterverhältnis ausgeglichen wäre. Das lässt sich aber nicht erzwingen. Wenn Frauen es nicht selber schaffen, in die politischen Ämter zu kommen, bin ich nicht dafür, dass ein Gesetz nachhelfen sollte.»

CHARLINE FEHR
VADUZ



«Ich bin nicht dafür. Frauen sind genauso clever wie Männer. Deshalb sollte jeder und jede die gleichen Chancen haben. Sie können es genauso schaffen, wenn sie sich bemerkbar machen. Ein Gesetz würde ein Geschlecht bevorzugen.»

LORENZ MÄGELE
SCHAAN



«Eine ausgewogene Vertretung ist wünschenswert. Aber politische Ämter sollten nach Eignung und Leistung vergeben werden. Das sollte nicht explizit gesetzlich geregelt werden müssen.»

MARKUS HOFBAUER
PLANKEN



«Liechtenstein diskutiert das Thema schon lange. Ich stimme der Initiative zu, eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern ist wichtig. Frauen sollten unterstützt werden, sonst erreichen wir keine Gleichberechtigung.»

RAMON FEIGEL
VADUZ